

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:  
Helmut G. Schmidt  
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 12 04 08  
Telefon: (02 28) 21 90 38/39  
Telex: 8 88 846 ppbn d



## Inhalt

Rudi Schmitt MdB, Mitglied des Gesprächskreises Polen der SPD-Bundestagsfraktion, erinnert an den Warschauer Aufstand vor 40 Jahren: Verpflichtung zum Frieden.  
Seite 1

Dietrich Stobbe MdB analysiert die Bonner Politik gegenüber der DDR: Chancen vergeben.  
Seite 3

Gerd Walter MdEP, Vorsitzender der deutschen Gruppe in der Sozialistischen Fraktion des Europäischen Parlaments, stellt die Präsenz der deutschen Sozialdemokraten in den EP-Ausschüssen vor: Gute Grundlage für erfolgreiche Arbeit.  
Seite 5

39. Jahrgang / 143

27. Juli 1984

### 40 Jahre Warschauer Aufstand

-----  
Die Vergangenheit mahnt nicht nur, sie verpflichtet zum Frieden

Von Rudi Schmitt MdB

Mitglied des Gesprächskreises Polen der SPD-Bundestagsfraktion

Am 1. August 1944 griffen 15.000 Aufständische der polnischen Landarmee deutsche Stützpunkte und Behörden in Warschau an und konnten ganze Stadtbezirke unter ihre Kontrolle bringen. Ende Juli 1944 hatten sowjetische Truppen Praga, den östlichen Stadtteil Warschaus erreicht. Die polnische Exilregierung in London gab ihren Untergrundkämpfern in Warschau den Befehl zum Losschlagen. Noch vor der Besetzung Warschaus durch die Sowjets wollten sich die Polen selbst befreien und damit mit Unterstützung der Westalliierten die Sowjetunion zu einem annehmbaren Abkommen über Polens Zukunft bewegen. Zugleich sollte aber gegenüber der am 22. Juli 1944 im Lublin ausgerufenen polnischen Regierung ein Gegengewicht geschaffen werden.

Vom 1. August bis zum 2. Oktober 1944 tobte der ungleiche Kampf zwischen den schlecht bewaffneten polnischen Aufständischen und den SS-Einheiten, die von der Wehrmacht unterstützt wurden.

Der Aufstand sollte rücksichtslos niedergeschlagen werden, die Stadt Warschau dem Erdboden gleichgemacht werden, so lautete der Befehl Hitlers. Nach der jahrelangen Unterdrückung durch die Deutschen kämpften die Aufständischen mit dem Mut der Verzweiflung, von der gesamten Bevölkerung unterstützt. Haus um Haus wurde umkämpft, Kirchen wurden zum Kampfplatz, auf Straßen und Plätzen starben Menschen. Warschau war ein rauchender Trümmerhaufen.



180.000 Warschauer, Frauen, Männer und Kinder hatten den Tod gefunden, 18.000 Gefallene, 25.000 Verwundete und 15.378 Gefangene wurden von den Aufständischen beklagt. Auf deutscher Seite zählte man 17.000 Tote und Vermißte. Warschau war zu 70 Prozent zerstört; jahrhundertealte Kulturgüter waren vernichtet.

Die polnischen Patrioten waren gescheitert. Später, nach der Niederschlagung des Aufstandes wurde Warschau von sowjetischen Truppen besetzt. Polen wurde Volksrepublik, Teil des kommunistischen osteuropäischen Staatensystems.

Nach 40 Jahren ist Warschau aus Trümmern wiedererstanden als eine Stadt mit einer großen europäischen Tradition. Im Stadtbild erinnern Gedenktafeln an das furchtbare Kampfgeschehen. Mit dem Wiederaufbau der historischen Bauwerke in Warschau haben die Polen eine bedeutende europäische Bautradition erhalten und wieder hergestellt. Diese Leistung ist um so höher zu bewerten, als Polen das europäische Land war, das von der nationalsozialistischen Unterdrückung und den Kriegsfolgen am härtesten getroffen war.

Der Warschauer Aufstand von 1944 reiht sich in die polnische Geschichte ein, als einer der Versuche, einen polnischen Nationalstaat frei von westlichen und östlichen europäischen Mächten aus eigener Kraft zu errichten.

Die unterschiedliche Wertung des Warschauer Aufstandes in Ost und West, der Streit über den Sinn und die Ursachen seines Scheiterns zeigt, wie Polen schon im Zweiten Weltkrieg im Spannungsfeld der großen Weltmächte stand.

Der Warschauer Aufstand ist, vor allem für die Polen eine leidvolle Wegstrecke deutsch-polnischer Geschichte. Wir dürfen deshalb diese Vergangenheit nicht vergessen, wenn wir den Weg der deutsch-polnischen Verständigung bis zur Aussöhnung weiterführen wollen. Vieles, was wir heute in Polen an Sorgen und Befürchtungen über eine Wende in den deutsch-polnischen Beziehungen hören, erklärt sich auch aus leidvollen Erfahrungen polnischer Geschichte. Gerade deshalb muß von deutscher Seite der Warschauer Vertrag von 1970 mit der Bereitschaft zur Zusammenarbeit und Verständigung zwischen Polen und der Bundesrepublik Deutschland ausgefüllt werden.

Die Vergangenheit mahnt nicht nur, sie verpflichtet zum Frieden.

(-/27.7.1984/ks/rs)

+ + +



**Bundesregierung vergibt deutsch-deutsche Chancen**

**Anmerkungen zur Bonner Politik gegenüber Ostberlin**

Von Dietrich Stobbe MdB

Die bisherigen Informationen über die innerdeutschen Vereinbarungen verstärken den Eindruck, daß sich die Bundesregierung ohne Phantasie, Tatkraft und Weitblick erneut auf die Abarbeitung seit Jahren bekannter, bislang unerledigter Verhandlungspunkte konzentriert. Diese kritische Einschätzung gilt trotz der punktuellen begrüßenswerten Fortschritte. So wichtig die Aufarbeitung innerdeutscher Problemfelder gerade beim Mindestumtausch oder im Bereich des Reiseverkehrs und der Straßenverbindungen zwischen Berlin und Westdeutschland auch ist - der Forderungskatalog hierzu wurde noch von den sozialliberalen Koalitionen in Bonn und Berlin erarbeitet -, so eindringlich muß doch von der Bundesregierung gefordert werden, daß die zusätzliche politische Elemente in die Verhandlungen aufnimmt.

1. Es ist dringend geboten, daß beide deutsche Regierungen eine umfassende Abstimmung über Umweltfragen wie Luftreinhaltung und Gewässerschutz aufnehmen.
2. Die Bundesregierung sollte bei den gegenwärtigen Verhandlungen ihr Augenmerk darauf richten, daß beim Abschluß des Viermächte-Abkommens sowie des Grundlagenvertrages die Fragen des innerdeutschen Luftverkehrs, der Wasserstraßen und des Eisenbahnverkehrs grundsätzlich nicht behandelt wurden und daß in diesen Bereichen bislang nur kleine praktische Teilregelungen erreicht wurden. Es ist an der Zeit, daß die deutsch-deutschen Gespräche bei diesen Fachbereichen grundsätzliche Lösungen ins Auge fassen.
3. Es ist zu fordern, daß Bonn und Ost-Berlin, obwohl sie formal nicht zuständig sind, sich stillschweigend auf eine Handhabung des Viermächte-Abkommens über Berlin in den schwierigen Fällen einigen, die bislang wegen grundsätzlich unterschiedlicher Rechtsauffassungen manch notwendigen innerdeutschen Fortschritt blockiert haben.

Der Katalog dieser Beispiele reicht von der Frage der Rechtshilfe über die Behandlung von in Berlin ansässigen Institutionen bis zur befriedigenden Einbeziehung Berlins in technisch-wissenschaftliche Abkommen. Die Bundesregierung sollte die DDR auffordern, ihren gewachsenen Spielraum zu nutzen und die Sowjetunion zu drängen, einer Einebnung der vorhandenen Auffassungsunterschieds bei der Interpretation des Viermächte-Abkommens zuzustimmen.

4. Die Bundesregierung muß klar erkennen, daß die Chancen im innerdeutschen Verhältnis gut voranzukommen, anders als in der Vergangenheit heute sich eher von einem schlechten sowjetisch-amerikanischen Verhältnis ableiten. Die Sowjetunion hat ein Interesse daran, gegenüber der Bundesrepublik durch die DDR demonstrieren zu lassen, daß sie die gewachsenen Entspannungsstrukturen als Alternative zur Konfrontationspolitik beibehalten und ausbauen will. Nur weil die politische Strategie der Sowjetunion derzeit noch darauf gerichtet ist, die durch die Entspannung in Europa geschaffene Strukturen aufrechtzuerhalten, besteht der vorher so nie gekannte Verhandlungsspielraum der DDR gegenüber der Bundesrepublik.



Daß sich diese Situation blitzschnell ändern und die DDR wieder stärker an das sowjetische Leitseil genommen werden könnte, zeigt der heutige Kommentar in der sowjetischen Parteizeitung "Prawda". Der Satz, wonach die deutsch-deutschen Beziehungen nicht besser sein könnten, als die internationale Lage, wendet sich im Kern gegen die Vorstellung von einer deutsch-deutschen Sonderentspannung. Die Beziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten werden danach der internationalen Lage - das heißt vor allem dem amerikanisch-sowjetischen Verhältnis - untergeordnet. Da dieses schlecht ist, dürfen auch die deutsch-deutschen Beziehungen nicht gut sein. Dieser "Prawda"-Kommentar läßt schlimmes befürchten. Um so mehr hat die Bundesregierung und die sie tragenden Fraktionen Anlaß, sich jedweden unverantwortlichen Geredes über die Grenzen des deutschen Reiches von 1937 zu enthalten und ihr politisches Handeln gegenüber der DDR auf das einzig wirklich tragende Element abzustellen: daß am territorialen Status quo in Europa auf unabsehbare Zeit nicht zu rütteln ist, daß von den politischen Realitäten ausgegangen werden muß, die der Zweite Weltkrieg hinterlassen hat. Nur so wird die DDR in die Lage versetzt, deutsch-deutsche Vereinbarungen zu schließen.

Die Bundesregierung muß dies zur Grundlage machen und die gegebene Situation, solange sie anhält, auch nutzen, um im Abrüstungs- und Rüstungskontrollbereich bereits herausgearbeitete und noch denkbare gemeinsame Interessen zu artikulieren. Solche Positionen könnten von der DDR in ihrem Bündnis dann auch vertreten werden. Aufgabe der Bundesregierung muß es sein, den Vereinigten Staaten deutlich zu machen, daß eine Abkehr von Ost-West-Deklamationen und eine Hinwendung zum echten Ost-West-Dialog dringlich sind. Nichts würde den Menschen in Berlin und beiden Teilen Deutschlands mehr nutzen. Nur wenn die anstehenden innerdeutschen Vereinbarungen sich in einen Gesamtrahmen einordnen ließen, der eine Perspektive zur Verringerung dieses gesamteuropäischen Konfliktpotentials aufweist, würden Phantasie und Hoffnungen der Menschen in Deutschland geweckt. Angesichts der aggressiven Ost-West-Stimmung insgesamt darf sich ein deutsch-deutscher Entspannungsbeitrag nicht auf ein Abhaken von sicherlich berechtigten Altforderungen beschränken, sondern er muß Anstöße geben und neue Felder eröffnen.

Wenn man jedoch Koordinierung, Struktur und Thematik der Bonner Verhandlungsführung untersucht, kann man um die grundsätzliche Feststellung nicht herumkommen, daß das Vorgehen der Bundesregierung zerfahren und labil ist und mehr auf Zufälligkeiten denn auf einer entschlossenen Nutzung der gegenwärtig für innerdeutsche Ergebnisse günstigen Konstellationen beruht. Dem steht eine DDR-Verhandlungsführung gegenüber, die eine in sich geschlossene Strategie mutig vorantreibt. Diese Bundesregierung gibt vor, von der deutschlandpolitischen Plattform ihrer Vorgängerin aus Politik zu betreiben, aber sie reduziert durch ihre Halbherzigkeit und Eindimensionalität die heute gegebenen Möglichkeiten und vergibt damit Chancen.

Ursache hierfür ist zweifellos der innerhalb der Unionsparteien fortschwellende und noch immer nicht entschiedene Streit über die Unverzichtbarkeit der Entspannung. Das Bundeskanzleramt aber kann auf Dauer dem DDR-Verhandlungspartner nicht gleichgewichtig gegenüberstehen, wenn dieser den Eindruck haben muß, daß er über bayerische Nebengleise eine Politik einfädeln kann, mit der er seinen Bonner Verhandlungspartner auszuspielen vermag. Angesichts des vollmundigen Anspruchs der früheren Opposition muß man daher die Verhandlungsführung der heutigen Bundesregierung auf dem innerdeutschen Terrain als unzulänglich konzipiert und wenig effektiv bezeichnen.

(-/27.7.1984/ks/rs)

+ + +



**Gute Basis für erfolgreiche Arbeit**  
-----

Die deutschen Sozialdemokraten sind in den Ausschüssen des Europäischen Parlamentes gut vertreten

Von Gerd Walter MdEP

Vorsitzender der deutschen Gruppe in der Sozialistischen Fraktion  
des Europäischen Parlamentes

In seiner ersten Sitzungswoche hat das neugewählte Europäische Parlament unter anderem die Wahlen für das Präsidium und die Ausschüsse vollzogen. Die deutschen Sozialdemokraten können mit den Ergebnissen zufrieden sein, weil sie eine gute Basis für eine erfolgreiche Arbeit im Europäischen Parlament der zweiten Wahlperiode sichern. In Spitzenämter stiegen die folgenden SPD-Europaabgeordneten auf:

- Horst Seefeld, der mit einem Rekordergebnis von 295 Stimmen zum Vizepräsident des Parlaments gewählt wurde. Sein Name ist ein Programm - wird er doch in seinem neuen Aufgabenbereich noch mehr als bisher schon als Vorsitzender des EP-Verkehrsausschusses tatkräftig für ein bürgernahes, grenzenloses Europa streiten.
- Katharina Focke, die zur Vorsitzenden des EP-Ausschusses für Entwicklung und Zusammenarbeit gewählt wurde. Sie wurde von der Sozialistischen Fraktion als die unumstrittene Expertin für Entwicklungshilfe nominiert, der sie sich in der Vergangenheit auch schon als Vizepräsidentin der Beratenden Versammlung EG-AKP an hervorragender Stelle gewidmet hat.
- Beate Weber, die zur Vorsitzenden des EP-Ausschusses für Umweltfragen Volksgesundheit und Verbraucherschutz gewählt wurde, in dem sie bisher bereits als stellvertretende Vorsitzende gearbeitet hat: Ihre Sach- und Fachkompetenz wird besonders dadurch unterstrichen, daß sie die Initiatorin des sogenannten Seveso-Untersuchungsausschusses war, mit dem das Europäische Parlament der ersten Wahlperiode große Aufmerksamkeit auf sich gezogen und seine Wirksamkeit erweitert hat.
- Dieter Rogalla, der zum Vorsitzenden des EP-Ausschusses für Wahlprüfung gewählt wurde, und diesen Aufgabenbereich sicher mit ganzer Hingabe wahrnehmen wird, so wie er in der Vergangenheit bereits unermüdlich für eine Verwirklichung der Römischen Verträge zum Nutzen der Menschen und gegen die vertragswidrigen Grenzkontrollen gestritten hat.

Die Tatsache, daß die deutsche Gruppe mit der Nominierung von Katharina Focke und Beate Weber ihre zwei nach dem Proporz zustehenden Ausschußvorsitzenden - Dieter Rogalla verdankt seine Position einer Übertragung von Ansprüchen anderer nationaler Gruppierungen - mit Frauen besetzt hat, verdient besondere Beachtung. Wir haben damit unsere bereits im Wahlkampf eingeleitete Politik, mehr Frauen in herausragende Position zu wählen, konsequent verwirklicht.

An dieser Politik werden wir auch künftig festhalten. Außerdem ist uns die Besetzung dieser beiden Ausschußvorsitze durch Katharina Focke und Beate Weber auch deshalb wichtig gewesen, weil wir damit die Ernsthaftigkeit unserer Bemühungen unterstreichen, der EG-Innen- und Außenpolitik neue Impulse zu geben. Die Entwicklungshilfe- und Umweltschutzpolitik der EG müssen mehr Gerechtigkeit in den Beziehungen zu den Ländern der Dritten Welt und mehr Lebensqualität und Gesundheitsschutz in den Ländern der Europäischen Gemeinschaft verwirklichen. Die Namen Katharina Focke und Beate Weber stehen für Programme, die den Frieden mit den Entwicklungsländern sichern und den Frieden mit der Natur wieder herstellen.

(-/27.7.1984/ks/rs)

+ + +

